

- 13 Siehe u. a. Walter Schmidt: Der Kampf der „Neuen Rheinischen Zeitung“ um ein festes Kampfbündnis zwischen der polnischen und deutschen Demokratie. In: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 5, Berlin 1961, S. 11–178. — Derselbe: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848/49 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ — ein Beitrag zum Ringen der Kommunisten um die Emanzipation der deutschen Arbeiterbewegung. In: BzG, 1968, H. 2, S. 263–297. — Neue Rheinische Zeitung, Artikel, Korrespondenzen, Berichte über die französische Revolution 1848/49, hrsg. und eingel. von Walter Schmidt, Leipzig 1986. (Reclams Universal-Bibliothek 1136.)
- 14 С. М. Туревич: «Новая рейнская газета» К. Маркса и Ф. Энгельса. Москва 1958. — С. З. Левиова: Маркс в германской революции 1848–1849 г. Москва 1970. — S. Z. Leviova: Die Redaktionsarbeit der „Neuen Rheinischen Zeitung“. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 8, Berlin 1973, S. 49–90. — Gerhard Becker: Stephan Born als Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Zu seiner politischen Tätigkeit in Berlin bis August 1848. In: ZfG, 1973, H. 5, S. 548–583.
- 15 Siehe dazu auch Gerhard Becker: Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848 bis 1849, Berlin 1963, S. 270/271.
- 16 Marx an Ferdinand Lassalle, 15. September 1860. In: MEW, Bd. 30, S. 565.
- 17 Karl Marx: Herr Vogt. In: MEW, Bd. 14, S. 462.
- 18 Wilhelm Schwarz an die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“, 1. Januar 1849. In: MEGA² III/3, S. 113–115 und S. 891.
- 19 Oberst Friedrich Engels an die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“, 24. Januar 1849. In: MEGA² III/3, S. 163 und 945.
- 20 Jodocus Donatus Hubertus Temmé an Marx, 22. Februar 1849. In: MEGA² III/3, S. 247/248 und S. 1043.
- 21 Marx an die Redaktion der Zeitung „L'Alba“, Ende Mai 1848. In: MEGA² III/2, S. 157.
- 22 Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen, Berlin 1970, S. 263 ff.
- 23 Herbert Peters: Die Wirkung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ auf die demokratische Presse der preußischen Provinz Sachsen 1848/49. In: Marx-Engels-Jahrbuch, Bd. 7, Berlin 1984, S. 122/123.
- 24 Ebenda, S. 115.
- 25 Ebenda, S. 123.
- 26 Lothar Stöbe: Die „Allgemeine“/„Neue Oder-Zeitung“ 1846–1851. Ihre Entwicklung zum progressiven Organ der kleinbürgerlichen Demokratie. Diss., Karl-Marx-Universität Leipzig, 1985, S. 61.
- 27 S. Z. Leviova: Die Redaktionsarbeit der „Neuen Rheinischen Zeitung“, a. a. O., S. 88 ff.

Sieglinde von Treskow

Zur Untersuchung der Schleswig-Holstein-Frage in der Revolution 1848/49 und deren Widerspiegelung in der „Neuen Rheinischen Zeitung“

Eine weitere wichtige Forschungsaufgabe bei der Vorbereitung der MEGA-Bände I/7, I/8 und I/9 ist die Behandlung der Schleswig-Holstein-Frage 1848/49 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“.

Dieser inhaltliche Komplex wird in enger Zusammenarbeit mit den von Editha Nagl dargelegten wissenschaftlich-editorischen Fragen untersucht, damit bei der Spezifik der einzelnen inhaltlichen Bereiche ein einheitliches Herangehen bei der schrittweisen Lösung der aufgeworfenen Probleme gewährleistet wird. Nur so kann eine einheitliche Wiedergabe der Texte — und diese werden über drei MEGA-Bände verteilt sein — erreicht werden.

Für die wissenschaftlich-inhaltliche Vorbereitung des Komplexes zur Schleswig-Holstein-Frage ist zum einen die gesamte Berichterstattung zur Thematik zu untersuchen und zum anderen ist die Einordnung in die Zeitung zu analysieren.

Auf die Notwendigkeit der Einbeziehung der gesamten Berichterstattung zu einem inhaltlichen Komplex wurde bereits hingewiesen. Dieses Herangehen ist auch für die Schleswig-Holstein-Problematik unerlässlich. Marx und Engels haben die Berichterstattung der „NRhZ“ — die redaktionellen Artikel, die Korrespondenzen und die zusammengestellten Korrespondenzen und Meldungen — stets als Einheit betrachtet, die in ihrer Gesamtheit die politische Leitlinie der Redaktion widerspiegelt.

Welchen Wert Marx und Engels dabei den Meldungen, die aus anderen Zeitungen übernommen wurden beimaßen, und daß diese zielgerichtet ausgewählt wurden, zeigt u. a. die Tatsache, daß sie in ihren Beiträgen oftmals auf diese Informationen hinwiesen bzw. diese in ihren Artikeln einbezogen und verwendeten.

Unmittelbar zur Schleswig-Holstein-Frage sind in den 301 erschienenen Nummern der „NRhZ“ in 170 Ausgaben ca. 350 Artikel, Korrespondenzen und Meldungen gedruckt worden. Dabei handelt es sich

1. um 16 bisher als von Marx und Engels autorisierte Artikel und Beiträge,
2. von der Redaktion erarbeitete bzw. zusammengestellte Korrespondenzen und Meldungen, die aus anderen Zeitungen — insgesamt 35 — übernommen wurden,
3. direkte Korrespondenzen aus Schleswig-Holstein von unterschiedlichen Korrespondenten.

Bei der Vorbereitung der MEGA²-Bände I/7 bis I/9 zur Edition der „NRhZ“ werden diese Untersuchungen zu einem inhaltlichen Komplex unsere Kenntnisse über den Verlauf der revolutionären Ereignisse der Revolutionsjahre 1848/49 insgesamt wesentlich erweitern. Weiterhin erbringen diese Forschungen Aufschlüsse über die konkrete Umsetzung und — wenn auch im unterschiedlichen Maße — über die Präzisierung und Weiterentwicklung der marxistischen Revolutionstheorie.

Bei der bisherigen Arbeit an der Dissertation zum Thema „Die ‚NRhZ‘ zur Schleswig-Holstein-Frage 1848/49“, die der Vorbereitung der Edition der „NRhZ“ in der MEGA² dient, wurde deutlich, daß es unerläßlich ist, die historische Herausbildung des Schleswig-Holstein-Konflikts vor 1848 zu untersuchen; dazu folgende Bemerkungen.

Die Herzogtümer Schleswig-Holstein waren seit dem späten Mittelalter — 1460 — durch Personalunion mit entsprechenden vertraglichen Regelungen mit dem dänischen Königshaus verbunden. Diese besonderen Rechte und Privilegien, vor allem das Mitregierungsrecht des gemeinsamen Landtages und die selbständige deutsche Verwaltung, hatten jahrhundertlang die politische Sonderstellung der beiden Herzogtümer gegenüber dem dänischen Königreich ausgemacht. Ein wesentlicher Punkt dieser — alten Landesrechte — war, daß die Schleswig-Holsteiner dem dänischen König als Herzog bzw. Landesfürst dienten und daß beide Länder auf ewige Zeiten zu einem ungetrennten und untrennbaren Ganzen verbunden bleiben sollten.¹ Hieraus stammte die bekanntgewordene Kampfflosung — auf ewig ungetrennt —.

Seit der Französischen Revolution 1789–1794 hatte die Geschichte die Lösung der nationalen Frage auf die Tagesordnung der gesellschaftlichen Entwicklung der Staaten gesetzt. In allen europäischen Ländern drängten nationale Kräfte — entsprechend dem jeweiligen ökonomisch-politischen Entwicklungsstand mit unterschiedlicher Intensität — zur Lösung der nationalen Frage.

In diese Entwicklung ist die dänische Politik zur Stärkung und Ausdehnung des dänischen Gesamtstaates seit Beginn des 19. Jh. einzuordnen, wobei das Hauptaugenmerk auf den Herzogtümern Schleswig-Holstein lag.

Den stärksten Ausdruck fanden diese Bestrebungen in der Politik der dänischen Nationalliberalen, die in ihrem 1842 verkündeten Programm forderten: „Dänemark vom Sund bis zur Eider“, wonach sie die „Eiderdänen“ genannt wurden. Diese Zielstellung hätte die vollständige Einbeziehung des Herzogtums Schleswig in den dänischen Staat bedeutet.²

Ein entscheidender Schritt in dieser Entwicklung war der vom dänischen König am 8. Juli 1846 veröffentlichte „Offene Brief“, der für Dänemark und Schleswig eine einheitliche Thronfolge verkündete und der die Absicht aussprach, dies mit einer gemeinsamen Verfassung zu verankern. Das kam einem Anspruch auf Annektion des Herzogtums gleich und beinhaltete faktisch die Spaltung Schleswig-Holsteins.

Die Verkündung dieser Maßnahmen rief in den Herzogtümern einen Sturm der Empörung hervor und das Jahr 1846 wurde entscheidend für die Herausbildung der schleswig-holsteinischen Bewegung, die auch in den deutschen Staaten breite Unterstützung fand.

Zum ersten Mal prallten die nationalen Interessen des deutschen Bürgertums mit denen des Bürgertums in Dänemark offen aufeinander. Unter den Bedingungen der dänischen Monarchie, die neben dem Königreich Dänemark auch die beiden Herzogtümer Schleswig-Holstein umfaßte, waren diese Auseinandersetzungen eine Form des Klassenkampfes, der zunehmend Ausdruck der nationalen Gegensätze innerhalb der Monarchie wurde.

Die enge Verflechtung der Lösung der nationalen Frage für Dänemark einerseits und für die Herzogtümer andererseits mit der Klärung der Thronfolge rief bereits vor der Revolution eine breite klassenmäßige Beteiligung der schleswig-holsteinischen Bewegung hervor und trug entsprechend ihrer politischen Führungskräfte gemäßigt-liberalen Charakter.

Trat vor der Revolution, wie Engels schrieb, der „kleinbürgerliche Lokalcharakter der schleswig-holsteinischen Bewegung unangenehm hervor“, denn, und so schätzte er ein, „Es handelte sich damals nicht so sehr um einen Anschluß an Deutschland — wo war damals ein Deutschland? — als um Trennung von Dänemark und Konstituierung eines kleinen selbständigen Lokalstaats“. Die weitere Entwicklung analysierend, schrieb er: „Aber die Revolution brach herein und gab der Bewegung einen andern Charakter... der Krieg zwang sie bald auf demokratische Bahnen... Schleswig-Holstein, bisher politisch von Deutschland ins Schlepptau genommen, ist durch den Revolutionskrieg plötzlich zu fortgeschritteneren Institutionen gekommen als das ganze übrige Deutschland.“⁴

Hiermit ist die Schleswig-Holstein-Frage in der Revolution in ihren Grundzügen charakterisiert. Es handelte sich um die Einbeziehung der Schleswig-Holstein-Bewegung bei der Lösung der nationalen Frage der deutschen Revolution und um die Rolle des national-revolutionären Krieges gegen Dänemark für die revolutionäre Erhebung in Schleswig-Holstein sowie für den deutschen und europäischen Revolutionsverlauf.

Die revolutionäre Bewegung der Herzogtümer im März 1848 wurde entscheidend von der nationalen Bewegung und von der drohenden Gefahr des Krieges vorangetrieben und dann durch den Ausbruch des Krieges weiter revolutioniert. Diesem Aspekt maß Engels, wie bereits kurz angedeutet, große Bedeutung bei. Die Frage, ob die Verbindung von bürgerlicher Revolution und nationaler Bewegung auf den Verlauf der revolutionären Erhebung positiv wirkten, kann für Schleswig-Holstein bejahend beantwortet werden.

Die Märzerhebung 1848 in Schleswig-Holstein war wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß sich der gerechte Kampf gegen die nationale Unterdrückungspolitik

Dänemarks mit dem Ringen um die revolutionäre Überwindung des Feudalismus verband. Neben der Erlangung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten hatte die Bewegung zum Ziel, den Anschluß der Herzogtümer an den zu schaffenden einheitlichen deutschen Nationalstaat zu erreichen. Die breite Volksbewegung zwang die Führer der schleswig-holsteinischen Bewegung, den revolutionären Forderungen des Volkes in entscheidenden Fragen zu entsprechen.

Die Hauptaufgabe der deutschen Revolution — die Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates — war für die „NRhZ“ das unverrückbare strategische Ziel ihres täglichen Kampfes und dabei nahmen die Ereignisse in Schleswig-Holstein eine Schlüsselfunktion ein.

Bereits vor der Revolution war eine klare und einmütige Haltung in den deutschen Staaten zu dieser Frage sichtbar. „Nach der Bedrohung der deutschen Grenzen im Westen zu Beginn der vierziger Jahre durch Frankreich bot nun der Versuch einer verstärkten Einbeziehung Schleswig-Holsteins in den dänischen Gesamtstaat und die damit heraufbeschworene Gefahr des Verlusts dieser Regionen für den erstrebten deutschen Nationalstaat neuen Nährboden für die weitere Ausbildung eines deutschen nationalen Bewußtseins.“⁵

In der Arbeit des bürgerlichen Autors J. Brock heißt es dazu: „Es begann jetzt Gemeingut der öffentlichen Meinung zu werden, daß in der meerumschlungenen Nordmark der Schlüssel zu deutschem Seehandel und deutscher Seemacht liege; und ferner, daß gerade in dieser schleswig-holsteinischen Frage über die ganze Einheit und Freiheit Deutschlands die Würfel fallen, und bald fallen müßten.“⁶

In dieser Frage waren sich die Gemüter — von den revolutionären Volksmassen bis hin zu den Führern der antifeudal-liberalen Oppositionsbewegung — einig, und dieser Gedanke spiegelt sich auch in der zahlreichen zeitgenössischen Literatur zu diesem Thema so wider.

Als im März 1848 die drohende Gefahr der gewaltsamen Annexion Schlesiens in den dänischen Staat durch die Forderungen der Regierung und durch Truppenaufmärsche an der Grenze deutlich wurde, wandte sich die schleswig-holsteinische Provisorische Regierung, die sich am 24.3. gebildet hatte, an den Deutschen Bund und an verschiedene deutsche Staaten, darunter auch an Preußen, und forderte sofortige militärische Hilfe. In dem zu dieser Zeit noch bestehenden Übergewicht der Revolution beschloß der Bundestag am 3. April die Bundesexekution gegen Dänemark.

Die Schleswig-Holsteiner begannen auch sofort mit der Bildung einer eigenen Armee, was jedoch auf große Schwierigkeiten stieß. Entsprechend der breiten solidarischen Haltung strömten aus allen deutschen Staaten Freiwillige herbei, die den national-revolutionären Charakter des Krieges verstärkten.⁷ Engels schrieb dazu:

„Der Krieg in Schleswig-Holstein ist von Anfang auch im Volk populär gewesen. Woher kommt dies?

Während die Deutschen in Italien, in Posen, in Prag die *Revolution bekämpften*, haben sie in Schleswig-Holstein die *Revolution unterstützt*. Der dänische Krieg ist der erste *Revolutionkrieg*, den Deutschland führt. Und darum haben wir uns ... von Anfang an für energische Führung des dänischen Krieges erklärt.“⁸

In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Wert darzulegen, wie Marx und Engels den Charakter des Krieges einschätzten. Die „NRhZ“ bezeichnete ihn als „wirklichen Revolutionkrieg“⁹. Marx und Engels gingen in erster Linie davon aus, daß dieser Krieg im Dienste der Revolution geführt wurde und den revolutionären Prozeß weiter vertiefte.

Der preußische König bezeichnete ihn deshalb auch als „Knechtesdienst für die Revolution“¹⁰.

Marx und Engels gelangten zu diesen Einschätzungen, indem sie den Krieg in das Revolutionsgeschehen 1848/49 einordneten. Das war von besonderem Wert, da in vielen zeitgenössischen Darstellungen und in späterer bürgerlicher Literatur von einem dynastischen Erbfolgekrieg gesprochen wird. Dabei wird der Krieg mit seinen militärischen Kampfhandlungen aus den revolutionären Ereignissen in den Herzogtümern und den anderen deutschen Staaten herausgelöst.

In späteren Charakterisierungen des Krieges bestätigte Engels diese Einschätzungen aus der „NRhZ“, wies jedoch auch auf die Überlegung hin, warum der Krieg aus der Sicht des preußischen Königs und der Militärführung geführt worden war. Maßgeblich waren dafür zwei Gründe: das Eingreifen preußischer Truppen in den Herzogtümern würde verhindern, daß der gefürchtete revolutionäre Volkskrieg ausbreche. Der Krieg diente den reaktionären Kräften als „Blitzableiter“ für die von allen Klassen und Schichten gleichermaßen ergriffene revolutionäre Stimmung in allen deutschen Staaten. Und zum anderen hoffte die reaktionäre Militärführung, daß die Armee, die in den Märztagen eine entscheidende Niederlage gegenüber den revolutionären Volksmassen hat hinnehmen müssen, ihr „Ansehen“ in diesem Krieg wieder gewinnen würde und sich für den bevorstehenden Kampf gegen die Revolution vorbereiten werde.

Trotz dieser antirevolutionären Beweggründe und der Inkonsequenz bei der Führung des Krieges hatte die deutsche Revolution objektiv eine revolutionäre Haltung in dieser Frage eingenommen. Entsprechend der Veränderung des Machtverhältnisses in der Revolution zugunsten der vordringenden Konterrevolution wurde diese Haltung spätestens mit dem Abschluß des Malmöer Waffenstillstandes aufgegeben.

Der Krieg in Schleswig-Holstein war von Anfang an zu einer europäischen Angelegenheit geworden. England und das zaristische Rußland wandten sich sofort entschieden gegen diesen Krieg. Beide unterstützten Dänemark zur Wahrung ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen und vor allem sahen sie hier die Gefahr einer einheitlich handelnden revolutionären deutschen Volksbewegung.

Unter russischem und englischem Druck zog Preußen trotz anfänglicher Erfolge seine Truppen schon Ende Mai aus Jütland zurück und schloß schließlich eigenmächtig und ohne Einwilligung der Deutschen Nationalversammlung den Waffenstillstand von Malmö. Die Bedingungen dieses Vertrages bedeuteten die Preisgabe Schleswig-Holsteins an Dänemark und den Verrat der revolutionären Bewegung in den Herzogtümern.

Die Abstimmung über den Waffenstillstand in der Frankfurter Nationalversammlung war der entscheidende Faktor für die Auslösung der Septemberkrise, in der sich die Auseinandersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution zum Entscheidungskampf zuspitzte. In diesem Zusammenhang analysierte die „NRhZ“ das Wechselverhältnis von Krieg und Revolution erneut und Engels äußerte hier zum ersten Mal den Gedanken eines möglichen Krieges zwischen dem revolutionären Deutschland und den konterrevolutionären Mächten Preußen, England und Rußland.

Welche Bedeutung diese Frage des revolutionären Krieges gegen das zaristische Rußland im Marx-Engelsschen-Revolutionskonzept 1848/49 einnahm, ist bekannt. Diesen europäischen Volkskrieg gegen die konterrevolutionäre Bastion Europas gab es nicht. Einen revolutionären Krieg, der als indirekter Krieg gegen Rußland gewertet werden kann, gab es, und das war der Krieg gegen Dänemark; diese Tatsache unterstreicht seine Bedeutung und verstärkt den revolutionären Charakter.

Dieser Krieg war, trotz seiner inkonsequenten Führung, unmittelbarer Ausdruck des revolutionären Kampfes der Volksmassen 1848/49 für die Herstellung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates.

Anmerkungen

- 1 Siehe: Unser geliebtes Schleswig-Holstein. Eine kurze und übersichtliche Geschichte des Landes und seines Rechts, abgefaßt von einem Bremer für seine Mitbürger, Bremen 1954, S. 13. — Die entsprechenden vertraglichen Regelungen sind in N. Falcks „Sammlung der wichtigsten Urkunden welche auf das Staatsrecht der Herzogtümer Schleswig und Holstein Bezug haben“ (Kiel 1847) auf den Seiten 18–23 in ihrem plattdeutschen Originaltext abgedruckt.
- 2 Siehe A. S. Kan: Geschichte der skandinavischen Länder, Berlin 1978, S. 115.
- 3 Siehe ebenda, S. 115.
- 4 Friedrich Engels: Der dänisch-preußische Waffenstillstand. In: MEW, Bd. 5, S. 396.

- 5 Deutsche Geschichte. Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Bd. 4, Berlin 1984, S. 278.
- 6 Johannes Brock: Die Vorgeschichte der Schleswig-Holsteinischen Erhebung von 1848, Göttingen 1916, S. 104.
- 7 Siehe Heinz Helmert/Hans Jürgen Usczeck: Bewaffnete Volkskämpfe in Europa 1848/49. Berlin 1973, S. 111/112.
- 8 Friedrich Engels: Der dänisch-preußische Waffenstillstand. In: MEW, Bd. 5, S. 393.
- 9 Ebenda, S. 396.
- 10 Siehe Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, Berlin 1975, S. 206.